Morgen-Ausgabe.

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichniß unter Nr. 6553 eingetragen.

Für die Redaktion verantwortlich: Max Scharre in Halle. Sprechstunden von 10½ bis 12½ Uhr. [Fernsprecher: Redaktion Nr. 2582. — Expedition Nr. 176.]

Saale-Zeitung.

Sechsunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf. Erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 37. Halle a. d. Saale, Donnerstag, den 23. Januar **1902.**

Eine Reichstags-Ersatzwahl.

Im Wahlkreise Schaumburg-Lippe findet am heutigen Donnerstag eine Ersatzwahl statt, deren Ausgang von allen Parteien mit lebhafter Spannung entgegengesehen wird. Der Wahlkreis ist der kleinste des Deutschen Reichs, zählt nur 9000 Wähler und 64 Wahlorte und ist überwiegend ländlich, da er nur zwei Städte mit je 6000 Einwohnern, Bückeburg, die Residenz des Hofes, und Stadthagen, besitzt. Dieser kleine Wahlkreis ist in den letzten Wochen das Streitfeld für eine überaus heftige Agitation gewesen. Er gehört seit längerer Zeit zum Besitzstand der Freisinnigen Volkspartei; bei der letzten Wahl, einer Ersatzwahl, die der Tod des im Juni 1898 gewählten freisinnigen Bieſantz erforderlich machte, wurden am 5. Nov. 1898 abgegeben 2584 Stimmen für den freisinnigen Kandidaten Kammergerichtsrath Dr. Müller, 2336 Stimmen für einen konservativen, 475 für einen antisemitischen und 591 für einen sozialdemokratischen Kandidaten, in der Stichwahl siegte Dr. Müller mit 3742 gegen 3074 Stimmen.

Für die diesmalige Wahl ist von der Freisinnigen Volkspartei Architekt Demming-Hannover aufgestellt worden, der schon 1898 im Wahlkreis Minden-Lübbecke kandidirte und dort beinahe in die Stichwahl gelangt wäre. Die reaktionären Parteien haben sich auf die Kandidatur des Grafen Reventlow geeinigt; unter seiner Führung sind Antisemiten, Konservative und Agrarier in den Wahlkampf gezogen, um den Freisinnigen das Mandat zu entreißen. Der Graf erschien mit einem Stabe von Sekretären im Wahlkreis und hat seit Wochen Versammlungen abgehalten. Zu seiner Unterstützung kamen die antisemitischen Reichstagsabgg. Dr. Müller-Nürnborn, Raab, Liebermann von Sonnenberg und Dr. Vogel herbei; außerdem noch verschiedene andere Parteiredner. Nicht weniger als hundert Versammlungen wurden von antisemitischer Seite veranstaltet, ja, in verschiedenen Orten ist drei- und viermal geredet worden. Graf Reventlow zeigte sich im Wahlkampfe als skrupelloser Demagoge, der in allen Farben schillerte, je nach der Zusammensetzung der Versammlungen. Er spielte sich mit Vorliebe auf den „Volksfreund" hinaus, und ging sogar so weit, zu erklären, er könne doch nichts dafür, daß ihn die Konservativen wählen wollten — eine starke Leistung für einen Kandidaten, der von den Konservativen aufgestellt worden ist. Die Zollfragen behandelte der Herr Graf mit möglichster Vorsicht, und erst auf direkte Anfragen ließ er erkennen, daß er einen Getreidezoll von 7,50 M. fordert. Den Antisemitismus kehrte der Graf möglichst wenig hervor, erst nach dem Erscheinen Liebermanns v. Sonnenberg wurde etwas lebhafter Judenhetze getrieben.

Die sozialdemokratische Partei, die ihren früheren Kandidaten Reichenbach wieder aufgestellt hat, hielt nur wenige Versammlungen ab; das Erscheinen Bebel's und anderer Parteigrößen wurde angekündigt, aber es kam kein sozialdemokratischer Abgeordneter, die rednerische Agitation wurde allein von einem Redacteur aus Bielefeld und einer Agitatorin aus Hamburg bestritten. Das Nichterscheinen der angekündigten Parteiführer hat eine gewisse Verstimmung in den sozialdemokratischen Wählerkreisen hervorgerufen.

Die Freisinnige Volkspartei hat den Kampf um ihren Besitzstand mit aller Energie aufgenommen. Der Kandidat Demming, die Reichstagsabgg. Kopsch, Dr. Wiemer und Meyer-Jobst und einige andere Parteiredner haben gegen 50 Versammlungen veranstaltet, die — mit ganz vereinzelten Ausnahmen — überaus stark besucht waren und einen vortrefflichen Verlauf genommen haben. An scharfen Auseinandersetzungen mit den Gegnern hat es nicht gefehlt. Der Verlauf des Wahlkampfes rechtfertigt die Hoffnung, daß trotz aller Anstrengungen der konservativ-agrarisch-antisemitischen Koalition der Wahlkreis der Freisinnigen Volkspartei erhalten bleiben wird. □

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

* Gestern, als am Todestage der Königin Viktoria von Großbritannien und Irland, vormittags 11 Uhr, fand in der Berliner englischen St. Georgskapelle im Park von Monbijou ein Erinnerungsgottesdienst statt. Die englische Kolonie war zahlreich vertreten, Botschafter Sir Frank Lascelles mit den Damen und Herren der Botschaft empfing am Eingange zur Kapelle den Kaiser, der die Uniform seines englischen Dragoner-Regiments trug, und die Kaiserin. Es erschienen ferner Prinz und Prinzessin Heinrich, Prinz und Prinzessin Friedrich Leopold, Prinz Albrecht mit seinen Söhnen und die übrigen in Berlin anwesenden Prinzen, ferner die Damen und Herren der Umgebungen und Gefolge, der Reichskanzler Graf v. Bülow, die drei Kabinettschefs, eine Deputation des Garde-Dragoner-Rgts. Königin Viktoria u. a. Der Gottesdienst, der aus Gemeindegesang und Predigt bestand, währte ¾ Stunden. Zu den Artikeln, welche die Londoner Presse dem Gedächtnißtage des Todes der Königin Viktoria widmet, wird auch des damaligen Aufenthalts des deutschen Kaisers in London gedacht. So schreibt der „Standard": „Unter den Enkelkindern, welche die sterbende Königin umgaben, befand sich als Leidtragender und als Tröster Kaiser Wilhelm, der durch diese ergreifende Bekundung kindlicher Liebe und verwandtschaftlicher Zuneigung sich einen Anspruch auf die Hochachtung des englischen Volkes erworben, dessen zu vergessen England sich durch keinerlei Schärfe der internationalen Streitigkeiten verleiten lassen darf." Und „Daily Telegraph" sagt: „Nichts, was geschehen ist, noch was geschehen kann, wird imstande sein, die Empfindungen der Bewunderung und der Zuneigung zu erschüttern, welche der ritterliche und huldvolle Aufenthalt des Kaisers in England und seine aufrichtige Theilnahme an dem nationalen Leide dem Herzen des englischen Volkes eingepflanzt hat."

* Dem Handelsminister Möller ist, dem „Reichsanzeiger" zufolge, der Rothe Adlerorden zweiter Klasse verliehen worden.

* Der bisherige brasilianische Generalkonsul in Hamburg, Dr. Arthur Teixeira de Macedo, ist zu anderweitiger Verwendung abberufen und an seine Stelle der bisherige Generalkonsul in Lissabon, Joao Vieira da Silva, zum brasilianischen Generalkonsul in Hamburg ernannt worden.

Aus der Zolltarifkommission.

Was in der Dunkelkammer des Wirthschaftlichen Ausschusses ausgeheckt worden ist, wird weder den wissensdurstigen Mitgliedern der Zolltarifkommission noch dem Reichstage vorgelegt werden. So hat gestern die Zolltarifkommission dem Antrag Singer gegenüber beschlossen. Es sind so schwerwiegende Geheimnisse, und die Regierung hat einen so feierlichen Schwur gethan, sie nicht zu verrathen, daß, wie der konservative Abgeordnete Herr v. Wangenheim gestern erklärte, es eine Versündigung gegen Treu und Glauben sein würde, wenn man sie so unbeurfenen Augen zeigen wollte, wie denen der Mitglieder der Zolltarifkommission, wobei er allerdings nicht hervorgehoben hat, daß die Schorgane der Mehrzahl derselben mit erheblichen Hornbrillen bewaffnet sind. Nur die Namen der Vernommenen und das Schema der Fragebogen wird, einem Antrag Brömel entsprechend, mitgetheilt werden, augenscheinlich im Interesse der nothleidenden Papier- und Druckindustrie. Konstatirt wurde übrigens dabei, wie außerordentlich zu kurz gekommen bei den Erhebungen des Wirthschaftlichen Ausschusses die Kleinindustrie ist, wie fast vollständig ausgefallen das Kleingewerbe. Doppelt dringend erweist sich unter diesen Umständen die Vornahme einer parlamentarischen Enquete im kontradiktorischen Verfahren, wo nicht, wie im Wirthschaftlichen Ausschuß, ausschließlich die konservativen Parlamentarier, sondern auch die anderen Richtungen zu Worte und zur Fragestellung kommen. Von den 14 Punkten des § 5 des Zolltarifgesetzes, welcher die vom Zoll befreiten Gegenstände aufführt, wurde gestern nur einer erledigt. Nr. 10, welche von der Zollfreiheit der Musterkarten und Muster in Abschnitten und Proben handelt, wurde unter Annahme einer vom Abg. Gothein beantragten Einschaltung angenommen, wonach zwar Muster von Nahrungsmitteln und Genußmitteln von der Zollfreiheit ausgeschlossen sind, jedoch die mit der Post eingehenden Proben und Muster von Kaffee, Kakao, Zucker, Rohtabak und getrockneten Früchten im Gewicht bis zu 350 Gramm zollfrei bleiben. Die Kommission gebrauchte 2½ Stunden zur Erledigung des Antrages auf Mittheilung der Protokolle des Wirthschaftlichen Ausschusses und hatte, nachdem acht Redner der Konservativen gegen den Antrag gesprochen hatten, für die Berathung des Zolltarifgesetzes nur noch eine Viertelstunde Zeit. *

Politisches.

* In der Polenfrage hat die russische Presse eine vollständige Schwenkung gemacht. Außer dem „Graschdanin" wenden sich jetzt auch die „Nowosti" und die „St. Petersburgskija Wiedomosti" dagegen, daß sich die russischen Kreise an Geldsammlungen für die Angehörigen der aus Anlaß des Wreschener Schulkrawalls verurtheilten Polen betheiligen, und daß russische Gesellschaften die von den Polen angeregte Boycottirung deutscher Waaren unterstützen sollten. Am schärfsten spricht sich die (früher Katkow'sche) „Moskowskija Wiedomosti" aus, die erklärt: „Niemand wird uns einer Voreingenommenheit für das Germanenthum beschuldigen können, aber trotzdem müssen wir doch das Vorgehen der preußischen Polen als eine unberechtigte Herausforderung und das Verhalten der galizischen Polen als eine Heuchelei sondergleichen bezeichnen. In Preußen arbeiten die Herren planmäßig auf einen offenen Konflikt mit der Staatsgewalt hin, und in Galizien erheucheln die Todtengräber der kleinrussischen (ruthenischen) Kultur Entrüstung über die Bedrückung ihrer Stammesgenossen durch einen fremden Staat. Wir hoffen, daß das russische Volk so viel Unterscheidungsvermögen haben wird, um zu erkennen, daß jede sentimentale Parteinahme für die „armen Polen" sehr bald ein unangenehmes Echo in unserem eigenen Reiche wecken wird."

* Die „Kreuzztg." schreibt: Wie wir hören, wird von gewisser Seite im Reichstag das Gerücht verbreitet, ein Theil der konservativen und freikonservativen Abgeordneten sei bereit, sich mit den in der Zolltarifvorlage für Getreide festgestellten Sätzen zu begnügen. Davon kann nach unserer Kenntniß durchaus nicht die Rede sein; im Gegentheil ist die konservative Partei einmüthig der Ueberzeugung, daß diese Sätze nicht ausreichend sind, der Landwirthschaft den anerkannt nothwendigen Schutz zu gewähren. — Dann ist es auch noch so!

Volkswirthschaftliches.

* Die Einnahmen der bayrischen Staatseisenbahnen im Jahre 1901 betrugen 150,547,099 M., das sind 6,186,155 M. weniger als im Jahre 1900.

Parlamentarisches.

* Die Budgetkommission des Reichstages berieth gestern den Marineetat und strich bei den Ausgaben für artilleristische Armirungen bei Titel 38 (zwei Millionen für Munition) die Hälfte, bewilligte bei Titel 39 und 40 (je 1,200,000 M. zur artilleristischen Armirung der Linienschiffe L und K) nur je 900,000 M. und anstatt der geforderten 1,800,000 M. zur Armirung des großen Kreuzers Ersatz „Kaiser" nur eine Million. Bei Titel 42 bis 44 (Armirung der kleinen Kreuzer K und L und Ersatz „Ziethen") wurden anstatt der geforderten 400,000 M. nur 300,000 M. bewilligt. Bei den Ausgaben für Torpedoarmirungen für die Linienschiffe „Wittelsbach", „Wettin" und „Zähringen" werden 150,000 M. und für die „Medusa" 40,000 M. gestrichen.

* Die Wahlprüfungskommission des Reichstages beanstandete gestern die Wahl des Abgeordneten für Trier 6, Geheimrath Bietzer, und beschloß, weitere Erhebungen zu veranlassen.

* Dem Reichstage ging gestern eine Resolution der Abgg. Roesicke-Dessau und Bachnicke von der freisinnigen Vereinigung mit dem Antrage zu, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldmöglichst einen Gesetzentwurf betreffend die Errichtung von Arbeitsnachweisen vorzulegen, wonach die Gemeinden zur Errichtung und Unterhaltung von Arbeitsnachweisen angehalten werden können, an denen Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl unter dem Vorsitze eines Unparteiischen theilnehmen sollen.

* Die Finanzkommission des württembergischen Landtages hat gestern mit großer Mehrheit gegen die Stimmen des Centrums dem demokratischen Antrage zugestimmt, unter Wahrung des Anspruchs der Stände auf Einholung der Zustimmung zu dem Einheitsmarken-Vertrage die durch den Vertrag veranlaßten Abweichungen vom Finanzetat nicht zu beanstanden. Ministerpräsident von Breitling hatte vorher erklärt, die Regierung halte an ihrem Standpunkte fest und werde auch einen Nachtragskredit nicht einbringen. Wenn die Stände aber in die staatsrechtliche Prüfung der durch den Vertrag veranlaßten Abweichungen sofort eintreten wollten, sei die Regierung hiermit vollkommen einverstanden.

Heer und Flotte.

* Das deutsche Schulschiff „Charlotte", mit dem Prinzen Adalbert von Preußen an Bord, ist gestern in Benedig eingetroffen.

Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

124. Sitzung vom 23. Jan. 1 Uhr.

Das Haus ist schwach besetzt.

Am Bundesrathstisch: Graf Bülow, Graf Posadowsky u. a.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Berathung des Etats des Reichstages.

Zunächst wird nach einigen Beschwerden der Abgg. Gamp und Dr. Müller-Sagan der Etat des Reichstages bewilligt.

Es folgt die zweite Berathung des Etats des Reichskanzlers.

Abg. Dr. Barth (freis. Vgg.): Der Reichskanzler hat im Abgeordnetenhause gelegt, daß das Studium der Verfassung jetzt seine Lieblingslektion sei. Hoffentlich bezieht sich dieses Wort auch auf die Reichsverfassung. Wie denkt er denn über die Parität des Reichstags und des Bundesraths. Der Reichstag ist ja so sehr bescheiden, aber die Initiativanträge des Reichstages müßten doch anders behandelt werden. Wenn bei uns Schwerinstage sind, ist kein Mitglied des Bundesraths da. Auch erfährt der Reichstag nie, aus welchen Gründen der Bundesrath solche Anträge ablehnt. Wir wollten schon eine Interpellation über diese Frage einbringen. Wiederholt sind Anträge abgelehnt worden, die fast einstimmig vom Reichstage angenommen sind. Z. B. unser Antrag zur Sicherung des Wahlrechts. Wird doch jetzt durch besonders gestaltete Wahlzettel das ganze geheime Wahlrecht illusorisch gemacht. Der Bundesrath müßte doch mit beiden Händen zugreifen, um solchem skandalösen Mißbrauch abzuhelfen. Dankbar anzuerkennen ist es, daß unsere Beziehungen zu Amerika bisher recht freundschaftlich waren. Die Reise des Prinzen Heinrich beweist, welch ein reicher Fonds von Werthschätzung und Hochachtung für Deutschland dort vorhanden ist. Die Bevölkerung Deutschlands will auch weiter in Freundschaft mit Amerika leben, möge die Regierung auch ihrerseits diese Freundschaft weiter pflegen.

Reichskanzler Graf Bülow: Gegenüber den Ausführungen des Herrn Vorredners möchte ich zunächst betonen, daß ich mir wie meiner übrigen durch die Reichsverfassung mir auferlegten Pflichten so auch insbesondere der Pflicht bewußt bin, dafür zu sorgen, daß bei Wahlhandlungen die bestehenden Gesetze auf das genaueste beachtet werden. Wenn in dem Wahlvorgang, den der Herr Vorredner soeben zur Sprache gebracht hat, die bestehenden Gesetze irgendwie verletzt worden sind, so wird Remedur dafür selbstverständlich eintreten. Eine Abänderung des Wahlgesetzes bezüglich der Wahlvorschriften in der vom Abg. Barth angeregten Weise in Aussicht zu stellen, bin ich allerdings nicht in der Lage. (Hört, hört!) Nun hat der Herr Abg. Barth weiter berührt die Stellungnahme der verbündeten Regierungen gegenüber Initiativanträgen aus diesem hohen Hause und die Haltung der verbündeten Regierungen gegenüber solchen Initiativanträgen. Gegenüber diesen Ausführungen des Abg. Barth muß ich für die verbündeten Regierungen das Recht wahren, nach eigenem Ermessen zu entscheiden, ob und in welcher Weise sie sich vertreten lassen wollen bei der Berathung von Initiativanträgen in diesem hohen Hause. (Beifall rechts.) Das ist ein Grundsatz, der, so viel ich weiß, schon von dem Fürsten Bismarck aufgestellt worden ist (Widerspruch links), welcher der Schöpfer der Reichsverfassung war. Gewiß, dieser Grundsatz ist von dem Fürsten Bismarck immer festgehalten worden, und ich habe als Reichskanzler die Pflicht, die Rechte der verbündeten Regierungen in dieser Beziehung nicht beschränken zu lassen. Im übrigen möchte ich dem Abg. Barth bemerken, daß ich gewiß durchdrungen bin von der Parität, der aufrechtzuerhaltenden Parität zwischen diesem hohen Hause und den verbündeten Regierungen. Der Herr Abg. Barth wird aber selbst nicht bestreiten wollen, daß schon manche Vorlage der Verbündeten Regierungen von diesem hohen Hause nicht angenommen worden ist (Sehr richtig! rechts. Lärm und Lachen links), daß also auch die verbündeten Regierungen unter Umständen in der Lage sein können, Anträgen, die aus diesem hohen Hause gestellt werden, ihre Zustimmung nicht oder noch nicht zu ertheilen.

Endlich danke ich dem Herrn Abg. Barth für die Art, wie er unsere auswärtigen Beziehungen und speziell unsere

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19020123016/fragment/page=0001

Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika (Lachen rechts) besprochen hat, bitte ihn aber, nicht die Schwierigkeit zu unterschätzen, die durch die wirthschaftliche Politik hineingetragen worden ist in unsere Beziehungen zu Amerika. Ueber diese Beziehungen habe ich mich ja schon — ich glaube, es ist 3 Jahre her — vor diesem hohen Hause ausgesprochen; ich glaube, daß das, was ich damals dargelegt habe, auch heute die Zustimmung dieses hohen Hauses finden wird: nämlich, daß wir von dem Wunsche erfüllt sind, auf der Basis voller Gegenseitigkeit und gegenseitiger Achtung zu den Vereinigten Staaten die traditionellen Beziehungen aufrecht zu erhalten, die immer zwischen uns und den Vereinigten Staaten bestanden haben. Ein Ausdruck dieser Beziehungen ist die Reise, welche der Bruder unseres Kaisers nach Amerika unternehmen wird, und ich bin überzeugt, der Empfang, der ihm zu theil werden wird, wird entsprechen den gegenseitigen Gefühlen zweier großer Völker. (Beifall.)

Abg. **Dasbach** (Ctr.): Die Wahlprüfungen beweisen, daß oft von einer geheimen Wahl nicht die Rede ist. Wenn der Bundesrath das nicht einsieht, bedarfe ich seine mangelhafte Einsicht. (Große Heiterkeit.) Der Reichstag hat zwar wiederholt Bundesraths-Anträge abgelehnt, aber er hat auch stets seine Gründe dafür angegeben. Der Reichstag hat den Geheimräthen, die die Gesetze ausarbeiten, die Gehälter erhöht, aber der Bundesrath will den Reichstag nicht mal den provisorischen Tageslohn zahlen. (Heiterkeit.) Jetzt kann infolge des Diätenmangels eine kleine Minderheit den Reichstag terrorisiren und alle Gesetze zu Fall bringen.

Abg. **Singer** (Soz.d.): Der Bundesrath müßte wenigstens Rücksicht auf den Reichstag nehmen. Schon die einfache Höflichkeit verlangte es, daß der Bundesrath bei Initiativanträgen zugegen ist. Die Regierung scheint zu meinen, daß der Reichstag nur ein nothwendiges Uebel sei, von einer Partäit ist keine Rede. Das Gesetz zum Schutze des geheimen Wahlrechts hätte schon längst erlassen werden sollen. Wann hilft eine Remedur, wenn die größten Wahlbeeinflussungen vorgekommen sind. Ein Abgeordneter, der auf Grund solcher Beeinflussungen gewählt ist, sitzt dann doch ein paar Jahre hier. Was nützt es da, wenn wirklich ein Landrath einen kleinen Rüffel kriegt, beim nächsten Ordensfest bekommt er ja doch einen Orden. Verletzungen des Wahlrechts scheinen jetzt beinahe den Beifall der Regierung zu finden.

Präsident **Graf Ballestrem** erklärt diesen Satz für unzulässig.

Abg. **Singer** (fortfahrend): Die Wahlbeeinflussungen der Beamten mit oder ohne Wissen ihrer Vorgesetzten, richten sich nur gegen die Oppositionsparteien. Kein Wunder, daß die Rechte nicht über Verletzung des Wahlrechts klagt. Gegen uns aber werden alle Beamten vom Landrath bis zum Nachtwächter mobil gemacht. Ganz verzweifelt ich aber doch noch nicht an der Wirksamkeit des Reichskanzlers, hat er doch wiederholt erklärt, daß er mit dem Reichstag zusammengehen will. Möge er denn dafür sorgen, daß wenigstens das Wahlrecht gesichert wird.

Reichskanzler **Graf Bülow**: Es liegt auf der Hand, daß, wenn die verbündeten Regierungen in eine Aenderung des bestehenden Wahlgesetzes eingehen, noch sehr viele andere Wünsche hervortreten werden. (Sehr richtig!) Da ist es einigermaßen begreiflich, wenn die Regierung, ehe sie eine so schwierige und strittige Materie anschneidet, sich die Sache überlegt. Bisher hat sie sich an den Grundsatz gehalten: quieta non movere. Das bestehende Wahlrecht kann aber doch nicht so traurig sein, wie die beiden Herren Redner zu meinen scheinen, da es einen so ausgezeichneten und stattlichen Reichstag hervorgebracht hat. (Heiterkeit.) Was nun die Frage der Diäten angeht, so darf man doch nicht vergessen, daß die bestehende Diätenlosigkeit der verfassungsmäßige Zustand ist. Sie ist seiner Zeit vom Fürsten Bismarck betrachtet worden als die Voraussetzung, als das Korrelat des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts. Es mag ja eine offene Frage sein, ob es politisch oder nicht politisch, zweckmäßig oder nicht zweckmäßig ist, die Diätenlosigkeit aufrechtzuerhalten. Dadurch aber, daß sie den verfassungsmäßigen Zustand aufrecht erhält, kann man der Regierung billigerweise keinen Vorwurf machen. (Beifall rechts.)

Abg. **Bassermann** (nl.): Eins muß zweifellos verlangt werden, nämlich, daß der Bundesrath wenigstens durch Kommissare bei Initiativanträgen zugegen ist. Wenn kein Bundesrathsmitglied zugegen ist, so sieht das beinahe wie eine Mißachtung des Reichstags aus. Ein Mißstand ist auch, daß der Bundesrath jahrelang Initiativanträge des Reichstags liegen läßt. Auch die Gründe der Ablehnung müßte der Reichstag erfahren. Ich kann keinen Grund einsehen, weshalb uns nicht die Gründe mitgetheilt werden. Die Diätenlosigkeit hat solche Mißstände gezeitigt, daß man sie nicht länger aufrecht erhalten kann. Auch muß das Wahlrecht besser geschützt werden.

Abg. Dr. **Oertel** (kons.). Auch wir sind entschlossen, die Verfassung zu wahren. Ich glaube aber nicht, daß die Haltung des Bundesraths gegenüber Initiativanträgen den Geiste der Verfassung widerspricht. Wenn wir die Gründe für die Ablehnung solcher Anträge wissen wollen, können wir ja interpelliren. Die Beispiele der Vorredner kann ich um eins ergänzen: Als der Bundesrath unseren Antrag auf Aufhebung der gemischten Transitlager abgelehnt hatte, lobte die Linke die Klugheit des Bundesraths. Herr Dasbach meint, wenn wir einen Antrag ablehnten, so geben wir die Gründe an, der Bundesrath thäte das nicht. Aber wir sind doch zuweilen in der Ablehnung von Anträgen noch unhöflicher als der Bundesrath; ich erinnere an die Arbeitswilligen-Vorlage. Der Initiativantrag über das Wahlgesetz erscheint uns als nicht durchführbar; er entspricht auch nicht der Würde des Reichsbürgers. (Hoch und Lärm links.) Uebrigens verstehe ich nicht, weshalb sie sich so darüber aufregen, daß bei Wahlen verschiedene Zettel benutzt werden. Je verschiedener die Zettel sind, um so weniger kann man die einzelnen erkennen. (Stürmisches Gelächter.) Ich mit einem Theil meiner Freunde bin für Diäten, aber nicht für Berliner Abgeordnete. Für das Linsengericht der Diäten werden wir aber keine Konzessionen machen. Von den jetzigen Mitgliedern der Rechten ist keiner gegen das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. Wir Agrarier wollen auch gute Beziehungen zu Amerika, aber gute Beziehungen können nicht aufrecht erhalten werden durch unberechtigte wirthschaftliche Bevorzugungen.

Reichskanzler Graf **Bülow**: Die volle Gleichberechtigung ist die erste Voraussetzung für alle unsere politischen Beziehungen, das wiederhole ich jetzt noch einmal. Gründe anzugeben, ist dem Bundesrath nicht immer möglich, da die Bundesrathsmitglieder auf Grund von Instruktionen stimmen und oft selbst nicht sagen können, weshalb sie pro oder contra stimmen. Ich habe keine Macht, von den Bundesrathsmitgliedern die Angabe von Gründen zu verlangen. Auch die Gründe des Reichstags sind doch oft nicht so klar, ja sie widersprechen sich sogar, wie wir dies beim Zolltarif gesehen haben.

Abg. **Dasbach** bedauert, daß der Reichskanzler auch jetzt noch zur Frage der Sicherung des Wahlrechts und der Diäten eine ablehnende Stellung eingenommen habe.

Abg. **Lenzmann** (freis. Vp.) stimmt in allen Punkten dem Abg. Dr. Barth zu. Wenigstens dann und wann könnte der Bundesrath doch Gründe angeben. Vielleicht hat der Bundesrath oft gar keine Gründe und richtet sich nur nach den Wünschen einer einzigen hohen Person. Der Reichskanzler selbst sei ja, so viel man weiß, für Ertheilung der Diäten an die Reichstagsmitglieder gewesen. Da kam ein anderer und sagte: Die Leute, die Herren Männer (Heiterkeit) brauchen keine Diäten. Der Antrag Rickert wegen Wahrung des Wahlgeheimnisses ist schon uralt, aber Erfolg hat er nicht. Wir verlangen vor allem auch einheitliche Stimmzettel.

Reichskanzler Graf **Bülow**: Die Gewährung von Diäten hat eine verfassungsrechtliche Bedeutung, sie involvirt eine Verfassungsänderung. Wenn die Regierung bei Initiativanträgen sich nicht vertreten läßt, so ist das keine Unhöflichkeit, sondern es kommt das daher, daß eine Vertretung der Regierung nichts nützen kann, da sich der Bundesrath doch nie über den gerade vorliegenden Initiativantrag schlüssig gemacht hat.

Abg. **v. Levetzow** (kons.) stellt fest, daß der Diätenantrag nicht einstimmig angenommen worden ist, sondern daß einige konservative Abgeordnete dagegen gestimmt haben. Er persönlich hoffe, daß als einziges Resultat des Diätenantrags die freie Eisenbahnfahrt durch das ganze Reich herauskommen werde.

Abg. **Beckh** (fes. Vp.): Der Haken bei der Abänderung des Wahlverfahrens steckt wieder einmal in Preußen. Das jetzige Wahlrecht ist nicht nach dem Geiste der Verfassung.

Abg. **Tiedemann** (Rp.) steht bezüglich der Diätenfrage auf demselben Standpunkte wie Abg. v. Levetzow. Die Diätenlosigkeit sei ein Korrelat des geheimen Wahlrechts. Wenn man die geheime Abstimmung abschaffte, ließe sich vielleicht über die Diäten reden. Wenn man einmal an der Verfassung rüttelt, kann man wohl bestimmen, wann man mit dem Rütteln aufhört.

Darauf schließt die Diskussion.

Der Titel „Reichskanzler" wird bewilligt, ebenso der Rest des Etats des Reichskanzlers.

Abg. **Hitze** (Ctr.) dankt der Regierung für die Annahme der Gewerbegerichts-Novelle und tritt für einen weiteren Ausbau des Koalitionsrechts ein. Nothwendig sei eine Regelung der Verhältnisse in der Cigarrenindustrie. Die in diesem Jahre in Kraft getretene Zinkhütten-Ordnung hätte in Arbeiterkreisen einen schlechten Eindruck gemacht. Von den Befugnissen des § 120e der Gewerbeordnung zum Schutze der Gesundheit und Sittlichkeit der Arbeiter mache der Bundesrath viel zu wenig Gebrauch. Die Krankenversicherungsgesetz-Novelle sei bedauerlicher Weise nicht eingebracht, ebenso wenig eine Vorlage zur Sicherung der Forderungen der Bauhandwerker. Auch die Frage sei noch nicht gelöst, ob nicht Arbeiter als Gewerbe-Inspektoren angestellt werden könnten.

Abg. **Dr. Müller**-Meiningen (freis. Volksp.) bittet um möglichst baldige Vorlage einer Novelle zum Urheberrecht für Photographien und wünscht den Erlaß einer Kohlenverordnung, um dem unlauteren Wettbewerb im Kohlenhandel entgegenzutreten. Das vielfach gewünschte Verbot der Zündholz-Fabrikation dürfe nicht ohne entsprechende Entschädigung der armen Arbeiter erlassen werden. Es fehle in Deutschland auch noch an einer einheitlichen Regelung des Frauenstudiums. In einzelnen Bundesstaaten verwehre man den Frauen den Zutritt in die Hörsäle und weise sie ins Ausland. Auch auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungswesens würde die Frau noch aufs ungerechteste behandelt. Redner erinnert an das Verbot des Berliner Rektors, Frauen im sozialpolitischen Studentenverein reden zu lassen. Man scheine in Berlin die Universitäten mit den Kasernen zu verwechseln. Die Gleichstellung der Frau könnte nur durch ein allgemeines Vereins- und Versammlungsrecht erfolgen. Wer sage, die Frau gehöre ins Haus, müsse auch dafür sorgen, daß die Frau von Reichswegen einen Mann bekomme. (Stürmische Heiterkeit.) Infolge der ungünstigen wirthschaftlichen Verhältnisse nehme die Ehelosigkeit von Jahr zu Jahr zu, der Zolltarif sei ein wahrer Nährvater der Ehelosigkeit. (Heiterkeit.)

Abg. Prinz **zu Schönaich-Carolath** (Hosp. b. d. N.) erinnert an die Fortschritte, die in der Frauenfrage gemacht seien und dankt dem Staatssekretär für alles, was er in dieser Sache gethan habe. Eine Frauen-Universität würde dem Fluche der Lächerlichkeit verfallen. Die Zulassung der Frauen zu den Universitäten müsse in allen Bundesstaaten erfolgen. So weit wie der Vorredner gehe er allerdings nicht.

Staatssekretär Graf **Posadowsky** führt aus, daß ein Gesetz in der Ausarbeitung sei, welches Kinder gegen gewöhnlichen Mißbrauch, auch in der Familie, schützen solle. Eine Gast- und Schankwirthschaftsordnung wird noch in dieser Woche veröffentlicht werden. Eine Verordnung über den Betrieb in Steinbrüchen und Gummifabriken liegt dem Bundesrath vor. Ein Entwurf eines Gesetzes betr. Sozial-Schiedsgerichte für Kaufleute ist von mir dem Justizminister zur Begutachtung vorgelegt. Ein Gesetz betreffend das Urheberrecht an Photographien ist im Reichsamt des Innern fertiggestellt und wird Sachverständigen zur Beurtheilung überreicht werden. Die Frage der Regelung des Kohlenhandels ist sehr schwer zu lösen, weil das Brennmaterial zu sehr hygroskopisch ist. Proben von neuen Zündhölzern sind Sachverständigen vorgelegt, haben aber nicht den geforderten Ansprüchen genügt. Eine Entschädigung der Fabrikanten und Arbeiter wird unmöglich sein, die Fabrikanten haben nicht weniger als 10 Millionen gefordert. Wenn man einmal den Weg der Entschädigung betritt, schädigt man die ganze sozialpolitische Entwicklung. Denn dann werden alle etwas fordern; was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Ich habe mich sehr für das Frauenstudium interessirt. Viel haben wir zwar schon erreicht, aber ich warne davor, hier allzu sehr die Klinke der Gesetzgebung in Bewegung zu setzen. Man kann die Frauenbewegung besser im Wege einer verständigen Agitation als auf dem Wege der Gesetzgebung fördern. Auf die noch widerstrebenden Professoren wird schon die Zeit einwirken. Die Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz macht große Schwierigkeiten, einen bestimmten Termin zur Vorlegung kann ich deshalb nicht angeben.

Abg. **v. Kardorff** (Rp.) spricht sich auch dafür aus, daß den Frauen in sozialpolitischen Dingen mehr Recht gewährt werde. Das Wahlrecht würde er ihnen aber nie geben.

Hierauf vertagt das Haus die weitere Berathung auf Donnerstag 1 Uhr.

Schluß 5¾ Uhr.

Preußischer Landtag.

(Bericht der „Staats-Ztg.")

Abgeordnetenhaus.

10. Sitzung vom 22. Januar. 11 Uhr.

Am Ministertische: Frhr. von Hammerstein, Frhr. von Rheinbaben u. a.

Auf der Tagesordnung steht die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Ueberweisung weiterer Dotationsrenten an die Provinzialverbände.

Danach sollen weitere 10 Millionen Mark an Dotationsrenten den Provinzen überwiesen werden und zwar 7 Millionen zur Unterstützung leistungsschwacher Gemeinden und Verbände auf dem Gebiete des Armen- und Wegewesens und 3 Millionen Mark für den Neubau und die Unterhaltung von Kunststraßen. Von letzteren 3 Millionen sollen 2 Millionen vorweg den Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Posen und Schlesien zufließen. Die Vertheilung an die Provinzen soll stattfinden zu ⅓ nach dem umgekehrten Verhältniß der Staatseinkommensteuer, zu ⅓ nach der Kommunalsteuer und ⅓ nach der Bevölkerungszahl.

Minister Frhr. **v. Hammerstein**: Dieses Gesetz ist gewissermaßen eine Folge der früheren Gesetze. Die Provinzen sollen weiter zur Erfüllung ihrer Aufgaben befähigt werden. Dies Gesetz legt aber den Provinzen im Gegensatz zu früheren Gesetzen keine neuen Verpflichtungen auf. Die Provinzen erhalten hier ein freies Geschenk vom Staate, das allerdings auch im Interesse des Staates liegt, der die Steuerkraft der Provinzen und Gemeinden erhalten wissen will. Die Schullasten sind in dem Gesetze nicht berücksichtigt, da diese Sache den Gemeinden und subsidiär den Staates sind. Das Gesetz will den Provinzialverwaltungen gewissermaßen Luft machen, damit sie andere wichtige Aufgaben, namentlich auf dem Wirthschaftsgebiete erfüllen können. Die frühere Vertheilung der Chausseedotationen nach der Länge der Wegestrecken hat den Westen begünstigt und den Osten benachtheiligt. Darum sucht der jetzige Entwurf die Vorlasten der östlichen Provinzen durch besondere Ueberweisung von 2 Millionen an diese zu Chausseebauzwecken wieder auszugleichen. Die Unterverteilung ist den Provinzen überlassen, wodurch der Selbstverwaltung genügt wird. Die Vertheilung auf die Provinzen ist nach einem anderen Maßstabe wie früher vorgesehen. Diejenigen Provinzen, die auf den Kopf der Bevölkerung den geringsten Satz an Staatseinkommensteuern haben, sollen am höchsten bedacht werden bei der Vertheilung des ersten Drittels, so ist der Vertheilungsmaßstab einzuführen. Ich warne davor, noch höhere Ansprüche zu stellen, als das Gesetz erfüllt. Ich glaube, es werden in der Debatte keine großen Schwierigkeiten entstehen. Warnen möchte ich auch noch, hier im Plenum einen Kleinkampf zwischen den einzelnen Provinzen auszufechten.

Abg. Frhr. **v. Richthofen** (kons.): Wir halten das Gesetz für eine Nothwendigkeit und meine politischen Freunde sind daher mit dieser Vorlage einverstanden. Schon 1875 war eine anderweitige Vertheilung der Gelder für Kunststraßen, als nach der Meilenlänge, beantragt, aber damals hat die Regierung dies in der Kommission bekämpft. Ich freue mich, daß die Regierung jetzt anderer Ansicht geworden ist. Namens meiner Fraktion bitte ich den Minister dringend, bei dem ja jetzt in Ausarbeitung begriffenen neuen Armengesetz die Anregungen, die 1899 bei der Debatte über die Neukemoth hier aus dem Hause heraus gegeben worden sind, zu berücksichtigen. Ob 10 Millionen genügen werden, ist schwer zu übersehen. Man wird sich jetzt mit dieser runden Summe begnügen müssen und wir treten keineswegs mit dem Wunsche auf Erhöhung dieser Summe hervor. Mit dem Vertheilungsmodus sind wir gleichfalls vollkommen einverstanden. Mit den Beträgen der früheren lex Huene ist oft unproduktiv gewirthschaftet worden, es ist daher ganz richtig gewesen, hier jetzt die Verwendungszwecke genauer festzustellen. Die Schullasten auch hier mit zu berücksichtigen, ist nicht angängig, da dies der Verfassung widersprechen würde. Ein besonderes Schullastengesetz muß diese Sache später regeln. Einige meiner politischen Freunde sind der Ansicht, daß in das Gesetz eine Bestimmung hätte aufgenommen werden sollen, wonach bestimmte Theile die Dotation für neue Aufgaben der Provinzen, wie Kleinbahnen rc. festgelegt werden sollen. Die Mehrheit meiner Partei ist aber nicht dieser Ansicht. Das Gesetz entspricht den Grundsätzen einer ausgleichenden Gerechtigkeit. Ich beantrage Verweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern. (Beifall rechts.)

Abg. **Graf** (Ctr.): Auch wir stehen dieser Vorlage sympathisch gegenüber. Eine Unterstützung der Provinzen zur Erleichterung namentlich der Wege- und Armenlasten ist dringend nothwendig.

Abg. **v. Eynern** (nl.): Der Gesetzentwurf steht im großen und ganzen auf dem Boden unserer Anschauungen. Wir stehen ihm daher gleichfalls freundlich gegenüber. Den Löwenantheil bekommt nach dieser Vorlage der Osten der Monarchie. Der Vertheilungsmodus ist so angelegt, daß der Osten mehr bekommt als der Westen. Wenn ich nun auch die Vorwegnahme von 2 Millionen Mark für die 6 östlichen Provinzen für Kunststraßenbau billige, da auch auf diesem Gebiete der Osten früher zu kurz gekommen ist, so ist es aber doch bedenklich, daß auch durch den Vertheilungsmodus der Osten noch weiter begünstigt wird. Wir haben in Rheinland und Westfalen Gegenden, die nothleidender sind als der Osten, und es ist zweifelhaft, ob der Westen noch länger imstande sein wird, dem Osten zu helfen, wenn man dem Westen nicht zu Hilfe kommt.

Minister **v. Rheinbaben**: Es ist mir nicht leicht geworden, diese Vorlage einzubringen, aber ich habe die finanziellen Bedenken hinter die Wichtigkeit des Gegenstandes zurückgestellt. Wir müssen aber immer noch mit großer Vorsicht in die Zukunft blicken, wenn ich auch glaube, daß die Finanzlage Preußens eine gesunde ist. Die Vorlage ist eine weitere wichtige Etappe bei unserer inneren Gesetzgebung und eine Stärkung der Selbstverwaltung, die wünschenswerth ist, da die Selbstverwaltung uns schon diele tüchtige Männer geschaffen hat. Die Provinzen haben bis jetzt das Vertrauen, das die Regierung in ihre Selbstverwaltung gesetzt hat, vollkommen gerechtfertigt. Vor einer Beschränkung der Unterverthelung auf die Kreise, wie es vorgeschlagen ist, möchte ich warnen, die Belastung mit Kreisumlagen ist in den westlichen Provinzen sehr viel geringer als in den östlichen. Wir dürfen nicht bei den Kreisen Halt machen, sondern müssen bis an die Gemeinden gehen. Die Provinzen werden schon den richtigen Vertheilungsmaßstab finden können. Davon, daß die Monarchie in zwei Hälften getheilt ist, kann man nicht reden. Wir spielen nicht den Osten gegen den Westen aus, sondern fragen nur nach der Leistungsfähigkeit. Wir würden dem Abg. v. Eynern dankbar sein, wenn er uns einen gerechteren Vertheilungsplan vorschlagen könnte. Wir haben uns vergebens bemüht, einen gerechteren zu finden. Die Provinzen werden die Mittel, die wir ihnen geben, anwenden im Interesse der Wohlfahrt des Vaterlandes. (Beifall.)

Abg. Frhr. **v. Zedlitz** (fk.): Meine Freunde stimmen dem Vertheilungsmaßstab, wie ihn die Regierung vorschlägt, zu; wir wollen nicht das gesetzgeberische Werk erschweren und sind bereit, den Entwurf, so wie er vorliegt, anzunehmen. Es handelt sich um die Befriedigung eines dringenden Bedürfnisses. Ist der Staat in der Lage, sein Extraordinarium so reich auszugestalten, so darf er die Aufgabe, den Provinzen zu Hilfe zu kommen, nicht unerfüllt lassen. Die Gesetzgebung von 1875 hat sich so bewährt, das Prinzip der Dezentralisation ist ein so richtiges, daß wir gut thun, auf diesem Wege fortzufahren. Der neue Gedanke des Gesetzes, die Erleichterungen nicht blos an die Provinzen gelangen zu lassen, sondern darüber hinaus an die Kreise und Gemeinden, findet unsere Zustimmung. Es liegt nahe, im Gesetz selbst Bestimmungen über die Unterverthelung zu treffen, aber wir glauben doch, daß der Vorschlag der Regierung der zweckmäßigere ist, namentlich da die Verhältnisse in den einzelnen Landestheilen so verschieden sind. Aus diesem Grunde ist das Reglement über die Vertheilung dem Gesetze vorzuziehen. Eine Kontrolle über die Verwendung der Gelder wird natürlich erforderlich sein.

Abg. **Ehlers** (fr. Vg.): Die Dotationen der Provinzen sind durchaus nothwendig. Den Kommunalverbänden einfach eine bestimmte Summe zu überweisen, wie es die Nationalliberalen früher beantragt hatten, würde sich nicht empfehlen, denn einzelne Verbände würden das Geld nicht zweckmäßig verwenden. Ich freue mich, daß uns ein Gesetzentwurf vorgelegt ist; ein ganz gerechter Vertheilungsmodus wird sich kaum finden lassen, und ich würde es lebhaft bedauern, wenn man in der weiteren Berathung zu geographischen Unterscheidungen kommen würde. Es darf nicht ein Gegensatz zwischen Osten und Westen konstruirt werden. Zweifellos sind die Verkehrsverhältnisse im Osten schlechter als im Westen. Der Osten befindet sich in großer Nothlage, und es gehört doch wohl auch zu den Aufgaben des Staates, zu verhindern, daß einzelne Landestheile sich in einer Nothlage befinden. Hoffentlich wird die Kommission uns die en bloc-Annahme des Entwurfs empfehlen. (Beifall.)

Abg. Frhr. **v. Maltzahn** (kons.): Auch meine Freunde aus dem Westen begrüßen den Entwurf. Die Anspielung des Herrn v. Eynern auf den Kohlenhandel war nicht angebracht. Ich hoffe, daß die Kommission sich im allgemeinen auf den Standpunkt der Regierung stellen wird.

Abg. **Funk** (fr. Vp.): Daß die östlichen Gemeinden weniger leistungsfähig sind als die westlichen, ist richtig; wir haben bereits in früheren Jahren stets darauf hingewiesen, daß es Pflicht der Regierung ist, leistungsfähige Kommunalverbände zu schaffen. Bedenklich erscheint uns die Bestimmung, daß der Vertheilungsplan der Genehmigung des Oberpräsidenten bedarf. Darin liegt eine Einschränkung der Selbstverwaltung, und ich hoffe, daß es der Kommission gelingen wird, diese Gefahr abzuwenden.

Abg. Dr. **Krause**-Königsberg (natl.): Wir können der Regierung für die Vorlegung des Gesetzentwurfs nur dankbar sein. Daß der Vertheilungsmaßstab von der größeren oder geringeren Leistungsfähigkeit ausgeht, ist meiner Meinung nach ein richtiges Prinzip. Mein Freund v. Eynern hat mit vollem Recht die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19020123016/fragment/page=0002

Kanalvorlage erwähnt. **Es muß darauf** hingewiesen werden, daß meine Freunde **stets** für Zuwendungen an den Osten im Interesse des Staates gewesen sind, daß aber Mitglieder anderer Parteien das für den Westen so nöthige Kulturwerk haben scheitern lassen. (Unruhe rechts.) Eine Gefahr für die Selbstverwaltung erblicke ich in der Vorlage nicht, sondern eher eine Stärkung der Selbstverwaltungskörper. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. **Ostrop** (Ctr.) hält es für richtig, bei der Frage der Belastung auch die Gewerbesteuer in Betracht zu ziehen.

Geh. Rath **Freund** erwidert, daß man dann auch andere Steuern mit berücksichtigen müsse, denn nicht nur das Gewerbe, sondern auch die Landwirthschaft hätten bestimmte Lasten zu tragen.

Abg. **Conrad** (Marienwerder, frk.) spricht unter Schilderung der speziellen Verhältnisse seines Kreises die Erwartung aus, daß das Gesetz zustande kommt.

Abg. **Krawinkel** (nl.): Bei uns in der Rheinprovinz sind die Kommunalabgaben besonders drückend. Ich mache gar kein Hehl daraus, daß ich nichts Besseres an die Stelle des vorgeschlagenen Vertheilungsmodus zu setzen weiß. Vielleicht findet sich in der Kommission ein gerechterer Weg. Bei der Einkommensteuer hätte man auch die fingirte Steuer einsetzen sollen, um einen besseren Vergleich zwischen Osten und Westen ziehen zu können. Für Berlin sind nach dem vorgeschlagenen Vertheilungsmodus allerdings nur 81,000 Mark vorgesehen, ich meine aber, Berlin ist schon in allen anderen Beziehungen ein so starker Magnet staatlicher Fürsorge, daß auch diese Summe wohl noch gestrichen werden könnte und Berlin damit aus dem Rahmen dieses Dotationsgesetzes ganz herausgelassen würde. Weiter fragt es sich, ob denn die Noth im Osten wirklich so viel größer ist als im Westen. Bei uns im Westen herrschen seit Jahren die denkbar ungünstigsten Wetterverhältnisse; in Ostpreußen giebt es nur 150,000, in Pommern 25,000, dagegen in der Provinz Westfalen 450,000 Einwohner in Gemeinden, die mehr als 300 Prozent Zuschläge erheben. Also im Westen ist die Noth mindestens ebenso groß wie im Osten. Die Regierung hätte die Pflicht, größere Zweckverbände zu schaffen. Wir hoffen, daß die Kommissionsberathungen ein ersprießliches Resultat zeitigen werden. (Beifall.)

Abg. **Hausmann** (nt.): Daß die Prüfung des Entwurfs in der Kommission zu wesentlichen Aenderungen führen wird, glaube ich nicht. Nach einer Richtung aber werden wir das Gesetz wohl ändern müssen, wir müssen eine Bestimmung darüber aufnehmen, ob die Summen auf die Dauer oder auf bestimmte Zeit gegeben werden sollen.

Abg. **Goedeler** (fk.) warnt davor, an den Vertheilungsmodus zu rühren, da sonst das Zustandekommen des Gesetzes gefährdet sei.

Hiermit schließt die Debatte.

Der Gesetzentwurf wird einer **Kommission von 21 Mitgliedern** überwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. (Zweite Etatsberathung, und zwar Forstetat und Etat der Domänenverwaltung.)

Schluß 2¾ Uhr.

Ausland.

Der südafrikanische Krieg.

Dem Brüsseler „Petit Bleu" zufolge wurde die Frau des Generals Dewet mit ihren Kindern auf Befehl Lord Kitcheners aus Johannesburg ausgewiesen und in ein Konzentrationslager gebracht, wo eins ihrer Kinder bereits gestorben ist.

Das Mitglied des nordamerikanischen Kongresses Smith hat einen Antrag eingebracht, welcher den Staatssekretär auffordert, bei der englischen Regierung gegen die Hinrichtung des Burenkommandanten Scheepers zu protestiren.

Die holländische Presse veröffentlicht eine Note Krüger's, die Chamberlain's letzte Kammerrede beantwortet und erklärt, daß weder die europäischen noch die afrikanischen Burenführer irgendwelche Friedensvorschläge machen werden. England kenne die Hauptforderung der Buren, nämlich die der Unabhängigkeit. Andere Bedingungen seien unannehmbar.

Zur Revolution in Columbien.

Eine Depesche aus Panama meldet: Die gestrige Niederlage der Regierung bei der Seeschlacht in der Bucht von Panama ist im letzten Grunde dem Austausch von Gefangenen zuzuschreiben, da einige freigelassene Gefangene den Aufständischen Mittheilung über die Absichten der Regierung machten. Das Schiff der Aufständischen „Padilla", welches weiß angestrichen worden war, um die Offiziere der Regierungstruppen zu täuschen, gelangte unerkannt bis in eine Entfernung von ungefähr 300 Metern an das Schiff der Regierungspartei „Lautaro" heran und begann zu schießen. Die „Lautaro" konnte sich aber wegen ihrer Stellung der zwei vorn befindlichen großen Kanonen nicht bedienen und feuerte mit einer kleinen Achter-Kanone. Der Kanonier wurde jedoch getödtet und die ausländische Mannschaft verweigerte den Gehorsam. Der frühere Gouverneur Alban schoß auf den auf dem Deck der „Lautaro" stehenden General Garcia, der an Stelle Alban's zum Militärgouverneur ernannt worden ist. Die Einnahme von Panama wird weger der hier anwesenden Truppenzahl für unmöglich gehalten. — Den Versuch werden die Aufständischen nun wohl kaum machen, da sie wissen, daß der Kommandant des nordamerikanischen Geschwaders sofort bei einem Angriff auf Panama dazwischen treten wird.

Oesterreich-Ungarn.

Gestern mittag fand in Anwesenheit des Kaisers Franz Josef, der Erzherzoge, der gemeinsamen, der österreichischen und der ungarischen Minister und anderer Würdenträger die feierliche Renunciation der Erzherzogin Elisabeth Marie anläßlich der auf heute angesetzten Vermählung statt.

Frankreich.

Zur allmählichen Beseitigung der Zuckerprämien hat Frankreich jetzt den ersten Schritt gethan. Die Deputirtenkammer verhandelte über die Vorlage, nach welcher der 14 proz. Steuererlaß, welcher für zur Destillation bestimmte Melasse gewährt wird, aufgehoben werden soll. Finanzminister Caillaux erklärt sich mit der Vorlage einverstanden, welche dem Staatsschatz zu gute kommen, aber auch die Einleitung zur Aufhebung des Zuckergesetzes von 1884 sein werde. Castelin bekämpft die Vorlage, deren Annahme Frankreich in der Brüsseler Konferenz einer Waffe berauben werde. Die Vorlage wird mit 366 gegen 68 Stimmen angenommen.

Spanien.

In Barcelona hat sich der Ausstand verschärft. 3000 Arbeiter drohten vorgestern vor dem Rathhause, die Läden zu plündern und die Thiere des Zoologischen Gartens, so weit sie eßbar sind, aufzufessen, wenn der Stadtrath ihnen keine Unterstützung gewähre.

England.

Im Londoner Unterhaus erhitzt die Debatte über den Südafrikanischen Krieg gegenwärtig die Gemüther. Der Regierung wird der Vorwurf gemacht, sie sei dem Ersuchen Kitchener's um neue Truppen im Dezember 1900 nicht nachgekommen. Schatzsekretär Balfour suchte gestern die Regierung zu vertheidigen. Die Regierung habe nicht nur das gethan, worum Kitchener sie gebeten habe, sondern noch viel mehr; sie habe während des letzten Jahres 81,000 Mann und 129,000 Pferde nach Südafrika gesandt. Die Leistungen des Kriegsamts seien ohnegleichen in der Geschichte des Reiches. Zum Schluß forderte der Redner Campbell Bannerman auf, seinen in obigem Sinne formulirten Antrag zurückzuziehen, schon im Hinblick darauf, daß die Ertheilung einer Censur an die Regierung wegen Südafrikas noch mehr die Ueberzeugung in den Herzen der Buren befestigen würde, daß ihre Hoffnungen auf Erfolg sich nicht stützen auf die Möglichkeit einer Niederlage der britischen Truppen, sondern auf eine Verlängerung des Krieges, bis die Opposition wieder zur Macht gelangt sei. Campbell Bannerman führt aus, er müsse aus patriotischen Gründen für den Antrag stimmen, weil er glaube, daß die Haltung und die Politik der Regierung wohl nicht zu einem dauernden Frieden führen würden. Der Antrag wurde bei der Abstimmung zwar abgelehnt, aber die Minorität, 123 gegen 333, war doch überraschend beträchtlich.

Nordamerika.

Der Staatssekretär für Ackerbau verlangte vom Repräsentantenhause die Bewilligung eines Kredits von 40,000 Dollars zur Förderung der Fleischbeschau.

Universitäts- und Hochschulnachrichten.

— Geheimer Regierungsrath Dr. Adolf Slaby, Professor an der Technischen Hochschule zu Berlin, ist auf Grund königlicher Ermächtigung zum ordentlichen Honorarprofessor in der philosophischen Fakultät der Friedrich Wilhelms-Universität zu Berlin ernannt worden.

— Josef Buckenner, dem Privatdozenten an der Technischen Hochschule in Aachen, ist das Prädikat „Professor" beigelegt worden.

— Von den 160 Lehrern und Beamten der Universität Jena haben sich, wie der „Magdeb. Ztg." gemeldet wird, 120 für die Annahme der Besoldungsverbesserung entschieden unter Verzicht auf die bisherige Steuerfreiheit; 40 dagegen halten am Privileg der Steuerfreiheit fest.

Wissenschaft. Kunst. Litteratur.

— Dr. Franz Wüllner, bekanntlich seit dem [illegible] als Nachfolger Ferdinand Hiller's städtischer Kapellmeister und Direktor des Konservatoriums in Köln, feiert am 28. Januar seinen 70. Geburtstag. Es werden Vorbereitungen getroffen, durch verschiedene Veranstaltungen privaten wie öffentlichen Charakters diesem Tage ein festliches Gepräge zu verleihen.

— Ueber die Zwecke und Aufgaben der von uns bereits erwähnten Jubiläumsstiftung der Industrie — gegründet aus Anlaß der hundertjährigen Jubelfeier der Technischen Hochschule in Charlottenburg — wird noch folgendes Nähere mitgetheilt: Von dem Stiftungskapital, das 1,802,000 M. beträgt, ist eine Summe von 50,000 M. abgezweigt worden, um der Technischen Hochschule ein Denkmal zu stiften, das diese als Zeichen der Erinnerung an die Hundertjahrfeier auf alle Zeiten zieren soll. Der gesammte Restbetrag steht für die Zwecke der Stiftung zur Verfügung. Danach sollen die Geldmittel niemals für kleine Zwecke, sondern in reich bemessenen Beträgen den wachsenden Anforderungen der Zeit Rechnung tragend, in freigebiger Weise Verwendung finden. Nach den von dem Kuratorium aufgestellten Satzungen sollen Mittel gewährt werden für die Ausführung wichtiger technischer Forschungen und Untersuchungen, zu Forschungs- und Studienreisen hervorragender Gelehrter und Praktiker, zur Herausgabe technisch-wissenschaftlicher Arbeiten, zur Stellung von Preisaufgaben, zur Gründung und Förderung technisch-wissenschaftlicher Anstalten und zu sonstigen Zwecken der Förderung technischer Wissenschaften, für welche Staatsmittel nicht zur Verfügung stehen. Für Fälle, in denen hervorragend wichtige Aufgaben von hoher nationaler Bedeutung es zweckmäßig erscheinen lassen, werden nicht nur die Zinsen, sondern auch das Stiftungskapital selbst zur Verwendung gelangen, wie es die Adresse, mit welcher die Stiftung seiner Zeit verkündet wurde, ausdrücklich betonte.

Provinzialnachrichten.

t. **Naßnitz**, b. Gröbers, 22. Jan. [Unterbrochene Arbeit.] Infolge eingetretenen Hochwassers mußten in den königlichen Waldungen von den Holzschlägern die Arbeiten eingestellt werden, da die Waldsächen ebenfalls unter Wasser gesetzt sind. Einstweilen werden die Arbeiter auf wasserfreiem Distrikte beschäftigt.

* **Weißenfels**, 22. Jan. [Sonderbarer Karz.] Der frühere Aufseicher, jetzige Inseratenacquisiteur Sch. von hier gab sich in der Nacht zum 20. d. M. auf dem hiesigen Bahnhofe verschiedenen Beamten gegenüber als Kriminalpolizist aus und verlangte, es solle ihm der verschlossene Wartesaal aufgeschlossen werden, er habe dort etwas zu revidiren; ebenso wollte er ohne Perronkarte den Bahnsteig betreten. Da er sich nicht legitimiren konnte, wurde er überall zurückgewiesen und die Sache später der Polizei angezeigt.

⁂ **Weißenfels**, 22. Jan. [Dritter Viehmarkt.] Unsere Stadt erhält mit dem Jahre 1903 einen dritten Viehmarkt, der in den September fallen wird.

⁂ **Zeitz**, 22. Jan. [Gewerbesteuer-Ordnung.] Die Stadtverordneten beschlossen in ihrer gestrigen Sitzung eine neue Gewerbesteuer-Ordnung, welche mit dem 1. April 1902 in Kraft treten soll. Danach sollen Umsätze von 100,000 bis 200,000 M. mit 1½ Proz., von 200,000 bis 300,000 M. mit 2 Proz., von 300,000 bis 400,000 M. mit 3½ Proz. und über 400,000 M. mit 3 Proz. besteuert werden. Hierauf wird die erhobene staatlich veranlagte Waarenhaussteuer in Anrechnung gebracht.

⁂ **Bitterfeld**, 22. Jan. [Städtisches. — Verhafteter Deserteur.] Zur Vorbereitung für die Besetzung der Bürgermeisterstelle zum 1. Oktober d. J. wegen Ablauf der Wahlzeit des Bürgermeisters Dippe wurde von der Stadtverordneten-Versammlung eine Kommission gebildet. — Die Einwohnerzahl unserer Stadt betrug am 31. Dezember 1901 12,136 Personen. — Von der hiesigen Polizei wurde in der Herberge zur Heimath ein Deserteur der 1. Matrosen-Division zu Kiel ermittelt und festgenommen.

* **Delitzsch**, 22. Jan. [Einen Selbstmordversuch] aus noch unaufgeklärten Gründen machte der Zahntechniker Courtois, er schoß sich mit einem Revolver in die Brust und verletzte sich in der Gegend des Herzens. Die Verwundung ist jedoch nicht gefährlich.

△ **Seyda**, 21. Jan. [Mißhandlung.] Im nahen Gadegast wurde am vorigen Sonntag abend gelegentlich der sog. „Fastnachten" der etwa 70 Jahre alte Zimmermann Döring auf dem Nachhausewege aus dem Gasthause plötzlich überfallen und mit Schlägen derart zugerichtet, daß ihm Nasenbein und Kinnlade zerschlagen wurden. D. ist recht krank und befindet sich in ärztlicher Behandlung. Rache scheint die Veranlassung zur rohen That gewesen zu sein. Die Thäter sind bis jetzt nicht ermittelt.

⁂ **Schönebeck**, 22. Jan. [Aufsichtsrathssitzung.] Heute hielt hier der Aufsichtsrath der „Elbe", Dampfschiffahrts-Aktiengesellschaft in Hamburg, seine Sitzung ab und beschloß, der Generalversammlung bei 10% Abschreibungen die Vertheilung einer Dividende von 8% in Vorschlag zu bringen.

p. **Torgau**, 22. Jan. [Der vierte Unfall] hat sich bei der Abtragung der Festungswälle ereignet. Der Arbeiter Krischok befand sich in einer Aushöhlung, als Erdmassen herabstürzten und ihn verschütteten. Man grub ihn aus, doch dürfte er kaum mit dem Leben davonkommen.

— **Mühlberg** (Elbe), 22. Jan. [Aufgelaufener Kahn.] Ein mit voller Ladung Kohlen beschrachteter Kahn der Firma Hering-Kleingießhübel stieß heute früh auf eine Buhne. Im Laufe des Tages gelang es nicht, das große Fahrzeug wieder flott zu machen. Man befürchtet, daß es beim Losbringen ein Leck erhalten wird. — In voriger Woche ereignete sich eine ähnliche Havarie an einem 12,000 Ctr. Zucker tragenden Fahrzeuge bei Goitzsch.

△ **Heiligenstadt**, 22. Jan. [Geistesgestört.] Der Schneider Hunold in Beuren hatte versucht, seine Ehefrau zu erschießen. Auf Grund der Beobachtungen seines Geisteszustandes in der Irrenanstalt zu Nietleben ist das Strafverfahren gegen ihn eingestellt worden.

p. **Nordhausen**, 22. Jan. [Gemästete Hasen] kündigt ein hiesiger Wildhändler in Inseraten zum Verkauf an. Das ist doch mal was anderes!

* **Pülswerda**, 22. Jan. [Ein Fehltritt.] Die beim Herrn Rittergutsbesitzer Bake beschäftigte Arbeiterfrau H. gerieth in eine Fuchsfalle und erlitt dadurch eine Verletzung des Fußes. Die Frau mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

* **Dresden**, 22. Jan. [Feuer.] Der mittlere Flügel der Nähmaschinenfabrik Seidel & Naumann, Aktiengesellschaft, steht in Flammen.

Vermischtes.

Zum Duell in Springe. Ueber die Besetzung des Landraths v. Bennigsen wird noch bekannt, daß Pastor Langelotz aus Bennigsen eine ergreifende Trauerrede hielt, in der er anerkannte, daß der Verstorbene zur Waffe greifen mußte, um seine Ehre und die seiner Familie zu retten. (?) — In Hannover war am Tage vor der Beisetzung Frau von Schnehen, die Schwiegermutter des Verstorbenen, angelangt, die ihre Tochter, die Wittwe Adolf von Bennigsen's, in Leipzig abgeholt hatte, um sie mit auf ihr Gut zu nehmen. Frau v. Bennigsen blieb in Hannover, während ihre Mutter nach dem Gut Bennigsen reiste, da sie der Beisetzung ihres Schwiegersohns beizuwohnen gedachte. Frau v. Schnehen erhielt jedoch ein Trauerhaube keinen Zutritt und kehrte daher mit dem nächsten Zuge nach Hannover zurück. — Erwähnt sei noch, daß Abgeordneter Falkenhagen, der Vater des Duellgegners des Verstorbenen, Herrn v. Bennigsen vor dessen Tode im Henriettenstift zu Hannover besucht hat.

Verbrannt. Die im Hause Lottumstraße 18 in Berlin dienende Mathilde Uecker hatte Dienstag früh die Küchenlampe beim Feueranmachen auf den Fußboden gestellt. Die Lampe fiel um und setzte die Kleider des Mädchens in Flammen, die größtentheils an ihrem Leibe verbrannten. Die lebensgefährlich Verletzte fand im Krankenhause am Friedrichshain Aufnahme.

Eisenbahnunfall und Betriebsstörung. Auf dem Gelsenkirchener Bahnhofe entgleisten gestern früh eine Lokomotive und mehrere Wagen eines Kohlenzuges. Hierbei wurde ein Bahnbeamter getödtet und ein anderer leicht verletzt. — Amtlich wird aus Münster i. W. gemeldet: Schnellzug 91 Köln-Bremen hat hier eine Verspätung infolge einer auf Station Westbevern eingetretenen Gleissperrung erlitten. Diese war durch Entgleisung dreier Güterwagen des Güterzuges Nr. 9527 infolge Bandagenbruchs entstanden. Die Schnellzüge 91 und 96 hatten hierdurch 106 bezw. 68 Minuten Verspätung.

Brand einer Oelfabrik. Wie der „Hamburgische Korrespondent" meldet, ist die Palmkernölfabrik von Noblée & Thoerl in Harburg gestern früh ein Raub der Flammen geworden.

Verkehrsveränderung. Die „Hamburg-Amerika-Linie" verlegt vom April ab die Abfahrten ihrer Postdampfer von Sonntag auf Sonnabend.

Bürgermeister Lueger und die Offiziere. Beim letzten Hofball ereignete sich, wie man aus Wien meldet, ein Zwischenfall, der vielleicht peinliche Folgen haben wird. Im neuen Saal der Burg, wo das große Buffet aufgestellt war, tranken mehrere junge Offiziere Champagner und stießen mit Bürgermeister Lueger an. Plötzlich nahte sich ein Oberst vom Platzkommando, der für das Betragen der jungen Offiziere auf dem Hofball verantwortlich ist, und befahl ihnen, sich zu entfernen; sie gehorchten, und Lueger schaute verdutzt drein, stieß aber wieder mit Offizieren an, als andere sich zu ihm gesellten. Der Oberst befahl auch diesen, sich zu entfernen, und nunmehr veröffentlicht die „Reichspost" den Vorgang, den sie aufgeklärt haben möchte. Vielleicht handelt es sich um einen von den Offizieren begangenen, vom Obersten gerügten Etikettefehler.

Noch ein ungetreuer Bankier. Gestern nachmittag ist in Prag auch ein zweiter Bankier, Namens Eduard Janisch, wegen Betrugs und Unterschlagung verhaftet worden. Die Ursache der Unterschlagungen sind Börsenspekulationen und dadurch Verluste der Depots. Die Höhe des Schadens ist noch nicht festgestellt, doch beträgt er mindestens mehrere hunderttausend Gulden. Viele kleine Leute sind an dem Fallissement betheiligt. Weitere Verhaftungen stehen bevor.

Chinesische Flußräuber. Auf einem Passagierboote, das am 19. d. M. von einem englischen Schleppdampfer auf dem Westflusse zwischen Dosing und Sainam geschleppt wurde, hatten sich 12 Räuber eingeschmuggelt, die während der Fahrt begannen, die Passagiere auszuplündern. Ein Wachtboot, das zu Hilfe eilte, nahm sechs Räuber gefangen, die anderen sechs gelangten an Bord des Schleppdampfers, überwältigten dessen Mannschaft, verließen dann den Schleppdampfer wieder und nahmen zwei Leute der Besatzung als Geiseln mit sich; dem zurückbleibenden Theile der Besatzung sagten die Räuber, die Behandlung der von ihnen fortgeführten Geiseln werde von der Behandlung abhängen, die den gefangenen Räubern werde zu theil werden.

Eine Dynamitfabrik in die Luft geflogen. Schon wieder kommt die Kunde von einer Explosion in einer englischen Dynamitfabrik. Diesmal ereignete sich der Unglücksfall in der Nobel'schen Faktorei zu Perranporth, an der Nordküste der Grafschaft Cornwall, und der Verlust an Menschenleben ist schwer. Mehrere Arbeiter waren damit beschäftigt, Explosivstoffe vermittels kleiner Waggons von einer Hütte zur anderen zu befördern, als sich aus noch nicht aufgeklärten Ursachen plötzlich die Ladung entzündete. Zwei Brüder, sowie ein anderer Arbeiter, wurden auf der Stelle getödtet, während verschiedene andere, manche darunter schwer, verwundet wurden. Auch das vor dem Waggon befindliche Pferd wurde in Stücke zerrissen. Merkwürdigerweise wurde der Wagenführer, obwohl er eine beträchtliche Strecke durch die Luft geschleudert wurde, nicht verletzt und konnte allein den Heimweg antreten. Ein anderer Mann blieb ebenfalls unverletzt, obwohl sein Anzug in Fetzen zerrissen wurde. Ein junger Bursche wurde durch ein Fenster geschleudert und erlitt durch Glassplitter ziemlich schwere Verletzungen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19020123016/fragment/page=0003

Letzte Telegramme.

Kassel, 22. Jan. Der Schäfer Brüßler im Dorfe Delft bei Sontra erstach heute in einem Wutbanfall seine eigene Frau. Er wurde sofort festgenommen.

Geestemünde, 23. Jan. Die oldenburgische Galliot „Hoffnung" ist mit der gesammten Besatzung in der Nordsee untergegangen.

Antibes, 23. Jan. An Bord des Panzerschiffes „Jourequiberry" explodirte während der Schießübungen im Golfe von Jouan ein Torpedo. Wie es heißt, sind dabei mehrere Personen verunglückt. Das Schiff ist sofort nach Toulon abgegangen.

London, 23. Jan. Während der heutigen Vorstellung im Theater St. Georges Hall starb der Schauspieler Georg Worlitz ganz plötzlich auf der Bühne. Der Tod ist auf einen Schlagfluß zurückzuführen.

Kapstadt, 22. Jan. [Reuter-Meldung.] Ein gewaltiger Brand wüthete im Centrum von Kapstadt. Das Feuer ist im Robertson'schen Waarenhaus ausgekommen.

Wetter-Aussichten

auf Grund der Berichte der Deutschen Seewarte.

[Nachdruck verboten.]

24. Januar: Wenig verändert, wolkig, theils heiter. Strichweise Niederschlag.

25. Januar: Wolkig, windig, um Null herum. Strichweise Niederschlag.

Meteorologische Station zu Halle.

	22. Januar (9 Uhr 12 Min. ab.)	23. Januar (7 Uhr 12 Min. morg.)
Barometer Millimeter	761,1	760,2
Thermometer Celsius	7,3	6,4
Rel. Feuchtigkeit	86%	83%
Wind	SW 1	S 1

Maximum der Temperatur am 22. Januar: 8,9° C.
Minimum in der Nacht vom 22. zum 23. Januar: 6,2° C.
Niederschläge am 23. Januar 7 Uhr morgens: 0,0 mm

Handel, Gewerbe und Verkehr.

— Die Zeichnungen auf die neuen Anleihen sind gestern in Berlin bereits um 1 Uhr wieder geschlossen worden. Ueber die Höhe der Zeichnungen gingen an der Börse verschiedene Gerüchte um. Es wurden allein auf die Reichsanleihe rund ca. 7 Milliarden Mark gezeichnet. Es heisst u. a., dass für die Anleihen im Betrage von 300 Millionen Mark die Zeichnungen die Höhe von mehreren Milliarden Mark — das Tagebl. spricht von 4 bis 5 Milliarden — erreicht hätten. Doch ist eine irgendwie zuverlässige Schätzung bis jetzt nicht möglich.

Frankfurt a. M., 22. Jan. Der Frankf. Ztg. wird aus Kassel gemeldet, dass der Konkursverwalter im Konkurs der Trebertrocknungs-Gesellschaft, Justizrath Fries, sowie der gesammte Gläubiger-Ausschuss ihre Aemter niedergelegt haben.

— Auf dem Schweisseisenmarkte ist ebenfalls eine Preisbesserung zu verzeichnen. Auf Abschlüsse für erstes Quartal wurden 112,50 M. bezahlt gegen früher 105 M.; auch für das zweite Quartal glaubt man eine Besserung in sichere Aussicht nehmen zu dürfen.

— Der Aufsichtsrath der Kommerzbank Lübeck beantragt 6½ Proz. (Vorj. 7½ Proz.) Dividende.

Wien, 22. Jan. Das Konsortium, an welches, wie bekannt, im Juni 1901 250 Millionen Kronen 4proz. Kronenrente, zur Hälfte fest und zur Hälfte in Option, begeben wurden, hat heute, wie die Wiener Abendpost meldet, die Option auf den bisher noch nicht übernommenen Rest von 62½ Mill. ausgeübt, womit die Uebernahme der 250 Millionen durchgeführt ist.

— Zahlungseinstellungen. Im ostdeutschen Holzhandel überrascht die Nachricht, dass die Firma Ernst Wegener & Sohn in Liepe in Zahlungsschwierigkeiten gerathen ist. Die Firma gehörte zu den angesehensten des Liepeschen Marktes.

Zahlungs-Einstellungen.

Name	Wohnort	Amtsgericht	Ersatz-Term.	Anm.-Frist	1. Gläub.-Vers.	Prüf.-Term.
Hermann Mey, Kfm.	Berlin	Berlin	15.1.	14.3.	7.2.	3.4.
M. Müller, Büchsenmach.	Köthen	Köthen	15.1.	11.2.	4.2.	20.2.
A. Mostetzky, Glasw. i. Fa. Dresdner Glasraffin. R.	Dresden	Dresden	15.1.	6.2.	18.2.	18.2.
Zeidler Nachf. A. A. Th. vrw. v. Sametzki, geb. Richter	Dresden	Dresden	15.1.	6.2.	18.2.	18.2.
W. E. A. Damm, Schuhwarenfabrikant	Dresden	Dresden	16.1.	7.2.	18.2.	18.2.
Karl Fischer, Kfm.	Marzkirch	Gnadenfeld	15.1.	22.2.	8.2.	8.3.
Heinrich Schmidt, Kfm.	Canziershof	Harburg	15.1.	10.3.	11.2.	25.3.
Bernhard Holz, Kfm.	Hirschberg	Hirschberg	13.1.	3.3.	10.2.	12.3.
K. O. Walter, Architekt, Inh. d. Fa. Oskar Walter, Dachstein w. Loosnewitz	Loosnewitz	Oschatz	15.1.	22.2.	13.2.	27.2.
H. Zinner, Kassirer der Sparkasse i. Sonneberg, Filiale Schalkau	Schalkau	Schalkau	16.1.	15.2.	8.2.	1.3.
Jacob Lenz, Kfm.	Schwetzingen	Schwetzingen	16.1.	15.2.	26.2.	26.2.
Hdlges. J. W. Lichtenthäler, und d. Inh. A. Lichtenthaler, Kfm.	Oberwinter	Sinzig	15.1.	11.3.	10.2.	15.4.
Hdlg. J. Beck & Söhne, mechan. Schuhfabrik	Ulm	Ulm	15.1.	15.3.	15.2.	19.4.
J. L. Isaac, Kfm.	Zielenzig	Zielenzig	15.1.	26.2.	12.2.	5.3.

Waaren- und Produktenberichte.

Getreide.

New York, 22. Jan. [Telegr.] Rother Winterweizen loco 88 (vorige Notirung 88½), Jan. — (—), März 85⅝, (85⅝), Mai 85 (85⅛). Juli 84⅝, (84⅞). Mais Jan. 68½ (68⅞), Mai 68⅞ (68⅞). Juli 68⅞ (68⅞). Mehl 2,90 (2,90). Getreidefracht ⅞ (⅞).

Chicago, 22. Jan. [Telegr.] Weizen Januar 76⅛ (76⅛), Mai 79⅞ (79⅞), Mais Januar 60⅞ (61).

* Hamburg, 22 Jan. Weizen loco stetig, — loco holsteinischer 172—176. Laplata 198—192 Roggen loco stetig, südrussischer ruhig, cif Hamburg 107—112, do. loco 110—115, mecklenburgischer 143—148. Hafer fest. Gerste stetig.

* Amsterdam, 22. Jan. Weizen auf Termine geschäftslos. März — Mai —. Roggen loco —, auf Termine fest, März 129, Mai —.

London, 22. Jan. Markt träge, Preise gegen Anfang unverändert.

Oelsaaten. Oele. Fettwaaren.

New York, 22. Jan. [Telegr.] Schmalz Western steam 9,75 (9,77), do. Rohe und Brothers 9,90 (9,95).

Chicago, 22. Jan. [Telegr.] Schmalz Januar 9,30, Mai 9,50, Juli 9,60.

* Hamburg, 22 Jan. Rüböl (unverzollt) ruhig, loco 57,00

* Bremen, 22. Jan. Schmalz ruhig. Wilcox in Tubs und Firkins 48 Pfg., andere Marken in Doppeleimern 46½ Pfg. Speck fest. Short clear middling loco — Pfg. Januar-Abladung 45¾.

* Paris, 22. Jan. (Schlussbericht.) Rüböl ruhig. Jan. 61,00, Febr. 60,75, März-April 61,00, Mai-Aug. 61,00.

Antwerpen, 22. Jan. Schmalz per Jan. 117,00.

Petroleum.

* Hamburg, 22. Jan. Petroleum ruhig. Standard white loco 6,70 Br.

* Antwerpen, 22. Jan. (Schlussbericht.) Raffinirtes, Type weiss loco 17,50 bez. u. Br., per Jan. 17,50 Br., per Febr. 17,75 Br., per März 17,75 Br. Fest.

* New York, 22. Jan. [Telegr.] Petroleum Standard white in New York 7,20, do. in Philadelphia 7,15, do. Refined 3,80 (in Cases) do. Credit Balances at Oil City 1,15.

Viehmärkte.

Berlin, 22. Jan. Städtischer Schlachtviehmarkt. Zum Verkaufe standen: 1020 Rinder, 1887 Kälber, 1489 Schafe, 8656 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfd. oder 50 kg Schlachtgewicht in Mark (bezw. für 1 Pfd. in Pfg.): Für Rinder: Ochsen: 1) vollfleischig, ausgemästet, höchsten Schlachtwerths, höchstens 7 Jahre alt — —; 2) junge fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete — —; 3) mässig genährte junge und gut genährte ältere — —; 4) gering genährte jeden Alters — —. — Bullen: 1) vollfleischige höchsten Schlachtwerths — —; 2) mässig genährte jüngere und gut genährte ältere — —; 3) gering genährte 47—50: — Färsen und Kühe: 1) vollfleischige ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwerths — —; 2) vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerths, höchstens 7 Jahre alt 59 kg mit 20 proz. Tara-Abzug: vollfleischige, kernige Schweine feinerer Rassen und deren Kreuzungen, höchstens 1¼ Jahr alt 61—62 Käser —; fleischige Schweine 58—60; gering entwickelte 55—57 Sauen 56—58 M.

Berliner Börse

vom 22. Januar.

(Ergänzung zu den telegr. Meldungen im gestr. Abendblatt.

Bank-Disconto.

Berlin Wechsel 3½, Lomb. 5. Amsterd. 3. Brüssel 3. Wien 5. Petersb. 8. London 4. Paris 3.

Deutsche Fonds- u. Staatspap.

Barmer Stadtanleihe	3½	97,10
Berliner Stadt-Obl.	3½	99,80
do. do. 1892	3½	99,80
Magdeburger St.-Anl.	3½	98,25
do. do. neue	4	—
Westpr. Prov.-Anl.	3½	103,00
Bad. Staats-Eis.-Anl.	3½	100,00
Bayrische Anleihe	3½	100,00
Braunschw. 20 Thlr.-L.	—	131,00
Köln-Mind Pr.-Anth.	3½	131,50
Hamb. 50 Thlr.-Loose	3	132,25
Meiningen 7 fl.-Loose	—	28,50
Oldenb. 40 Thlr.-Loose	3	150,75

Ausländische Fonds.

Argent. Gold-Anl. 5%	5	—
do. innere do. 4½%	4½	69,70
Barletta 100 Lire-Loose	—	17,60
Bukar. Stadt-Anl. 1894	4½	86,50
do. do. 1888	4½	38,50
Chilen. Gold-Anl. 1889	4½	84,60
Chinesische St.-Anl.	5½	104,25
do. do. v. 1895	6	104,50
do. do. kleine	6	104,50
do. do. v. 1896	5	98,30
do. do. v. 1898	4½	89,30
Egyptische priv. Anl.	3½	—
do. do. do.	—	—
Freiburg. 15 Fr.-Loose	—	—
Griech. Anl. 1881—84	—	38,90
do. kons. Goldrente	—	30,40
do. Monopol-Anl.	—	42,75
do. Gd.-Anl. v. 1890	—	37,50
Lissabon Stadtanl. 1886	4	72,50
do. do. 1888	4	72,50
Mailand. 10 Lire-Loose	—	16,00
Mexikaner Anl. à 100	5	98,60
do. do. à 20	5	99,00
Norweg. Staats-Anl. 88	3	—
Oesterr. 1860er Loose	4	147,50
Ruman. Anleihe 1891	4	92,00
do. do. mittlere	4	83,25
do. do. kleine	4	83,25
Russ. Gold-R. 1884, 87	5	—
do. Orient-Anl. II.	4	—
do. do. III.	4	—
do. Nicolai-Obligg.	4	100,50
do. Boden-Kredit	5	117,25
do. 3⅜% do. gar.	3,8	94,90
Russ. Prám.-Anl. 1864	5	267,50
do. do. 1866	5	372,00
Schwed. St.-Anl. 1886	3½	98,70
do. do. 1890	3½	98,80
do. Hyp.-Pfdbr. 1878	4	—
Türkische Anleihe D.	1	24,90
do. Administ.	5	99,90
do. 400 Frcs.-Loose	—	105,30
Ungarische Gold I.-A.	4½	103,00
do. Kr.-R.	4	96,00
do. Staats-R. 97	3½	87,25

Industrie-Aktien.

A.-G. f. Anilinfabr.	15	227,60
Admiralsgarten-Bad	5	86,25
Annaburger Steingut	3	78,10
Archimedes	15	173,50
Braunschweiger Jute	10	154,25
Berl.-Anh. Maschinen	16	186,50
Berliner Beckbrauerei	16	148,00
do. Brauerei Königst.	5	98,00
do. Union Gratweil	5	105,10
Brsl. Eisenb. W., Linke	14½	189,50
Breslauer Oelwerke	3½	68,50
do. do. Stammbesitz	13	171,50
Cement-Bau-Ges. Berl.	fr. Z	303,50
Charlottb. Wasserwerk	13¼	279,00
Chem. Fabr. Schering	15	303,00
Chemn. Masch. Zimm.	4	115,50
Dessauer Gas	—	228,50
Deutsch-Asiat. Werkz.	0	51,00
Dtsch. Gasglühl.-Ges.	28	236,00
Dtsche Jutespinnerei	18	127,75
Elberfeld. Farbenfabr.	18	294,00
Erdmannsdorf. Spinn.	12½	66,50
Freund Masch. konv.	4	288,50
Görlitzer Eisenbbd.	18	215,75
Hagener Gusstahl	6	76,00
Hansa, Dampfschiff.	20	130,20
Harburg-Wien Gummi	7	109,75
Herkort St.-Pr. Berlin	8	115,00
do. Brückenb. konv.	8	119,50
do. do. St.-Pr.	9	123,50
Keyling & Th. Eiseng.	8	120,25
Köln-Müsener conv.	6	79,60
Kunitz. Stand. Ges. i. Liq.	fr. Z	123,00
La Veloce, Fahrr.	0	30,50
Ludw. Löwe & Co.	24	258,00
Malzerei Wrede	4	84,40
Magdeburger Baubank	5	90,25
Magdeb. Strassenbahn	9	136,50
Maschin. Bruun	10	101,00
N. Boden-A.-G. 1. Jan.	4	—
do. do. 1. Juli	4	119,00
Neuroder Kunstanstalt	8½	131,50
Nienburg E. V.-A. abg.	2	62,75
Nordd. Bierwerke	2	66,00
Omnibus-Gesellschaft	13	150,00
Oppeln. Portl.-Cem.	7	97,25
Orenstein & Koppel	10	126,00
Rhein. Chamotte Mannsw.	8½	80,50
Sangerhäuser Masch.	22½	219,50
Saxonia Cement	12	95,75
Schäffer u. Walcker	0	50,00
Schlesische Cement	13	143,90
Schwartzkopff	15	187,00
Siemens, Glas-Industr	18	231,00
Siemens & Halske	10	145,00
Stettiner Cham. Didier	25	254,00
Sudenburg. Maschin.	0	—
Ver. Köln-Rott. Pulv.	12	183,00
Vereinsbrauerei Artern	7	104,70
Westf. Draht-Industrie	15	155,00
Wittener Gus	20	169,00
Wilhelmshütte conv.	0	80,10
Zuckerfabr. Franstadt	18	133,00

Deutsche Eisenb.-Prior.-Oblig

Dortm.-Gronau	3½	—
Ostpreuss. Südbahn	4	—

Deutsche Eisenb.-St.-Prior.

Breslau-Warschau	4	83,10
Dortmund-Gronau E.	3½	160,10
Marienb.-Mlawkaw	5	—
Ostpreuss. Südbahn	5	108,75

Eisenb.-Prior.-Obligationen.

Ital. Eis.-Obl. St. gar.	3	63,25
do. Mittelmeerb. stfr.	4	98,40
Lemberg-Czernowitz	4	—
Oest.-Frz. Staatsb., gar.	3	94,40
do. Ergänzungsn.	3	93,75
do. do. Gold-Pr.	4	102,00
Oesterr. Lokalbahn	4	99,25
do. Nordwestbahn	5	108,50
Südöster. Bahn (Lomb.)	3	68,50
do. do. Obligationen	—	103,50
Ung. Nordostb. Gold-O.	4½	—
do. Eisenb.-Silb.-A.	4½	102,10
Iwangorod-Dombr. gar.	4½	—
Kosl.-Werousch Obl.	4	—
K.-Chark.-As., Obl., 89	4	98,90
Kursk-Kiew	4	99,90
Mosco-Kiew-Woron	4	98,50
Mosco-Kursk	4	—
Mosco-Rjäsan	4	100,25
Mosco-Smolensk	5	—
Orel-Grüsi 1889	4	—
Rjäsan-Koslow	4	99,00
Rjäsan-Uralsk gar ukd. (b. 1899)	4	—
Rjaschk-Morozansk	5	98,70
Rybinsk-Bologoye	5	98,50
Russ. Südwestbahn	4	—
Transkaukasische	3	84,60
Warschau-Wiener 10er	4	—
do. IX. Ser.	4	98,30
Wladikawkas Oblig.	4	99,60
do. unkdb. b. 1906	4	98,50
Manitoba rz. 1933	4½	112,00
Northern-Pac. I. b. 1921	4	—
do. Pref.	4	103,75
do. Gen. Lien.	3	73,10
S. Louisu. S. Fr. rz. 1931	6	—
do. do. do.	5	—
Central-Pacific	5	101,00

Ausländ. Eisenb.-Stamm- u. Stamm Prior.-Aktien.

Aussig-Teplitz	15	—
Böhmische Nordbahn	7½	—
Galiz. (Karl-Ludw.-B.)	5	—
Graz-Köflach	5	—
Kaschau-Oderberg	4	—
Kronpr. Rud. St. Sch.	4	99,10
Lemberg-Czernowitz	6½	—
Oesterr. Nordwestb.	5½	—
do. B. Elbethalb.	6½	—
Südösterreich (Lomb.)	2½	20,25
Ungar.-Galiz. (gar.)	5	—
Ivangor-Dombrowo	5½	—
Kursk-Kiew	5½	—
Warschau-Terespol	5	—
Warschau-Wien	26¼	—
Gotthardbahn	6	—
Ital. Meridionaux	6½	—
Jurisch-Haimburg	0	—
Mosc. Centralbahn	9½	—
do. Nordostbahn	4½	102,50
do. Uniembahn	4¼	—
Westsicilianische Anl.	4	33,00

Hypoth.-Pfand- u. Rentenbrief.

Anh.-Dessauer Pfdbr.	4	100,50
B.-Hann. Hyp. I, X., XI.	3½	92,25
„ II.-IX., XII.-XV	3½	92,25
„ XVI. u. XVII	4	100,00
„ XVIII. unk. 20	4	93,75
„ „ XIX	3½	92,10
„ „ XX. unk. 17	3½	92,50
D. G.-K.-B. IV. rz. 110	3½	100,40
do. do. V. rz. 100	3½	99,90
do. VI. unkb. 1900	4	100,30
do. VII. unkb. b. 1905	4	101,00
do. VIII. S. b. 1905 ukb.	3½	94,25
do. IX. u. IXa bis 9 uk.	4	94,25
D. Grundsch. Obl. frc. Z.	3½	37,50
do. do. V-VI.	4	37,50
Deuts. Hp.-B.-Pfd. VIII.	4	99,50
do. I. u. Ia. conv.	4	99,50
do. X. unkdb. 19	4	99,75
do. XI. u. XII. „ 1910	4	100,25
Hamb. 251-310 unk. 1905	4	100,00
do. unk. bis 1909	4	99,80
do. S. 301-330, unk. 1908	3½	93,00
do. S. 46-190, uk. 1905	3½	93,25
do. alte u. con.	3½	93,25
Ham. Bod. Pf. I. uk. 1904	3¾	94,00
do. do. II.	3½	93,00
do. do. III	4	99,00
do. do. IV-VI.	4	99,50
Leipz. Hyp.-B. VII. 1928	3½	—
do. do. F.	4	99,50
do. do. VIII. IX.	4	99,50
Mein. H.-B., conv.	3½	93,70
do. Serie II.	4	100,00
do. unkdb. bis 1905	3½	93,70
do. unkdb. bis 1907	3½	93,70
do. Em. VI.	4	100,00
do. Em VII unk. b. 1906	4	100,50
do. Pram.-Pfdbr.	4	130,25
Nordd. Gr.-Cred.-Pfdb.	4	99,50
do. IV. V. ukb. b. 1908	4	99,60
Ostpreussische	4	98,40
Pom. II. V., VI. 1900 uk.	4	85,75
do. VII. VIII. 1904 uk.	4	84,90
do. IX. X. 1906 uk.	4	—
do. XI. XII. 1908 uk.	4	—
do. II. III. 1906 uk.	3½	—
Posensche	4	103,10
P. B. C.-Pfd. I. II. rz. 110	5	113,50
do. III. I. V. u. VI. rz. 100	5	107,50
do. XIII. rz. 100	4	100,00
do. XIV. ukb. 1905	4	100,00
do. XV. ukb. 1904	3½	94,00
do. XVIII. ukb. 1910	4	100,50
do. XIX. ukb. 1911	4	100,75
Pr. Centrb.-Pfdbr. 1900	4	101,60
do. do. 1900	4	94,20
do. do. 1906	3½	94,25
Pr. Hp.-A.-B. 2½ Jan. J. fr. Z	—	—
do. do. 4% Apr. O. „	—	84,30
do. do 3½% Jan. J. „	—	—
do. do. 3½% Apr. O. „	—	—
Pr. Pfdbr.-Bk. ukb. 1905	3½	93,30
do. XVIII. ukb. 1910	3½	93,30
do. XIX. ukdb. 1909	4	100,10
do. XX u. XXI ukb. 1910	4	100,30
do. Kleinb.-Obl. b. 1904	3½	91,80
do. do. b. 1908	4	99,50
do. Comm.-Obl. b. 1907	3½	96,25
do. do. Em. H. unk. 1910	4	102,75
Rh.-W. Bder, I. III. V. ukb. b. 1905	4	99,75
„ „ II. u. IV., b. 1901	3½	92,25
„ „ VI., ukdb. 1906	3½	93,50
„ „ VII. unkdb. 1908	4	100,00
„ „ VIII., ukdb. 1910	4	100,25
Sächsische	3	103,00
do.	3½	98,20
do.	3	87,80
Westpr. ritt. I. I. B	3½	—
Pommersche	4	103,50
Posensche	4	—
Preussische	4	103,60
Sächsische	4	103,75
Schlesische	4	103,60

Bergwerks- u. Hütten-Ges.

Aplerbeck	6	90,00
Arenberg Bergwerk	50	512,50
Baroper Walzwerk	0	99,75
Berzelius	1	77,40
Bismarckhütte	12	215,50
Concordia-Bergwerk	29	271,00
Consolidat. Bergw.-G.	30	291,00
Consol. Marie	4	89,00
Duxer Kohlen kon.	15	165,00
Gelsenkirch. Gusstah.	12	117,25
Harzer Eisenw. Lit. A. B.	12	82,75
Inowrazl., Steinsalzbl	4½	112,25
Kattowitzer	14	194,00
Königin-Marienhütte	5½	33,00
Leopoldsgr. Edderitz	7	95,40
Luise Tiefbau konv.	2	50,25
do. do. St.-Pr.	6	93,50
Magdeburg-Bergwerk.	16½	—
Marienhütte Kotzenau	6	73,25
Mend. & Schwert. St.-Pr.	4	94,75
Niederl. Kohlen	12	118,00
Rhein. Stahlw. Lit. C.	18	150,00
Schlesisch Zinkhütten	22	303,00
Stadtberger Hütte	12	134,75
Wurm-Revier	8½	115,75

Oblig. v. Industr.u. Bergw.-Gas

Allg. Elektr.-Gesellsch.	4	101,00
Aschaeffenb. Papierf.	4½	—
Ascherslebn. Kalkwerke	4	99,75
Bochumer Gussstahl	4	—
Dessauer Gas	4½	—
Dortmunder Union	5	110,00
Elektr. Licht- u. Kraftanlagen unk. 09	4½	99,30
Gr. Berl. Pferdeb. Lu. II	3½	98,00
Hamb.-Packetfahrt	4	102,00
Fr. Krupp-Obl.	4	101,60
Laurahütte	4½	94,50
Naphta-Obligationen	4½	97,30
Norddeutscher Lloyd	4	—
Oberschl. Eisen-Ind.	4	98,30
v. Tiele-Winkler	4	103,00
Zeitzer Eisengiesserei	4½	—

Bank-Aktien.

Bank d. Berl. Kassenv.	8½	141,50
Berg-Märk. B. i. Elbf.	4½	136,50
Bergen-Handelsverein	6	100,50
Cob.-Coth. Kredit-Ges.	5	87,00
Coln W. u. Komm.	5½	83,25
Danziger Privatbank	7	109,00
Deutsche Grunds-bkbl	4	—
do. do. Effekt.-B. (Hamm)	4	102,75
do. Hypoth.-B. (Berl.)	6½	113,40
Dresdener Bankverein	8	134,75
Essener Kredit	8½	140,00
Gothaer Privatbank	7	122,75
do. Grundkreditb.	7	124,50
Hamburg. Hypoth.-B.	8	149,70
Königsberg. Vereinsb.	6½	112,30
Leipziger Bank	fr. Z.	1,60
Lübecker Kommerzb.	7½	125,00
Magdeburger Privatb.	4	88,00
Nordd. Grund-Kredit.	5	83,50
Pomm. Hyp.-Bk.	7	20,25
Pr. Hyp.-B. (Spleib.)	0	10,80
Preuss. Pfandbr.-Bk.	7	116,00
Rheinische Bank	4	41,00
Wilhelma, Mgd Allg. U.	16½	—

Leipziger Börse, 22 Januar.

Zt					Zt.		M
3	Sächs. Rent.-Anl.	3000	89,20	6	Mansf. Gew	1882	101,50
3	do.	1000	89,20	4	do.	1879	101,50
3	do.	500	89,20	4	do.	Em 1875	101,50
		Thlr.		3½	Stadtobl.	1881 konv	100,75
3½	Staatsanl.	1855	100	94,50	3½	do.	1876 konv.	100,75
3½	do. 67 kv.	4%	500	100,90	3½	Altb.	Landoblig.	1000	99,40
3½	Landrentenbr.		500	99,30	3½	do.	do.	500	99,40

Div.	Eisenb.-Stamm-Akt.		
15	Aussig-Tepl. 500 fl.	296,00	
7½	Böhm. Nordbahn	123,00	
14	Buschtiehrad. Lit. A.	256,00	
0	do. do. B.	251,00	
4	Galiz. K.-Ludw.-B.	—	
7	Graz-Köflach	123,25	
29/4	Marienburg-Mlawka	66,50	

Div.	Eisenb.-St.-P.-Akt.		
6	Dux-Bodenb. Lit. A.	—	
6	do. do. B.	—	
5	Marienburg-Mlawka	—	

Div.	Bank- u. Kredit-Akt		
9	Allg. D. Kr.-A. Lpz.	168,00	
8	Dresdener Bank	138,25	
7	Gothaer Privatb.	122,50	
fr. Z.	Leipziger Bank	1,20	
—	do. Hypoth.-B.	—	
—	do. Kred.- u. Sparb.	—	
9	Sächs. Bank	126,80	
3	Zwickauer	—	

Div.	Industrie-Papiere.		
4	Chemn. Werkz. (Zim.)	120,00	
18	Crölln. Papierfabr.	—	
4	do. do. Schildveschr.	102,00	
5	Dörstew.-Rattm. St.-A.	64,00	
4	do. do. St.-V. A.	98,00	
2	D. W. M. (Sondern. & Stier) Vorz.-A.	74,00	
14	Gerner Jutesp. u. W.	210,00	
7	Germania (Schwalbe)	130,00	
65	Gerd. Stlb.-V. St.-A.	625,00	
94½	do. do. Pr.-A.	—	
90	do. do. do. II.	950,00	
0	Hallesche Str.-B.	68,00	
5½	Kette Elbsch.-G. Akt.	95,50	
9½	Körbisd. Zuckerfb.	109,00	
5½	Leipz. Baubank	132,50	

Div.			
5¾	Leipz. Elektr.-Werke	110,50	
3	do. elektr. Strassb.	68,50	
3	do. Gr. elektr. Strassb.	127,50	
10	do. Bierbr. Riebeck	126,00	
3½	Lpz. Kammgarnsp.	164,00	
12	do. Malzf. Schkeud.	160,00	
6	do. Wollkämmerei	190,00	
90 M.	Mansfelder Kuxe	700,00	
18	Naumburger Braunk.	200,00	
8	Portl.-Cement Halle	—	
5	Sächs. Kaemm.	75,00	
6	Sächs. M.-F. (Hartm.)	133,75	
9	Sächs. Webstuhl-Fabr. (Schönherr)	175,00	
15	Thür. Gasges. Spz.	331,00	
15	do. Stamm-Pr.	233,00	
10	S.-Thür. Br.-V. St.	—	
15	do. St.-Prior.	—	
11	Zeitzer Par. u. S.-A.	130,00	
—	do. do. Oblig.	99,00	
11	Zuckerfabr. Glauzig	115,50	
20	Zuckerraff. Halle	179,00	

%	Ausl. Eisenb. Pr.-Obl.		
3½	Aussig-Teplitzer	94,90	
4	Böhm. Nordbahn	—	
5	do. do. Gold	101,00	
4	Buschtiehr. 1886 (stfr.)	100,00	
5	do. do.	100,00	
4	do. Em. 1888/71/72	103,50	
4½	do. Gold	—	
3	Dux-Bodenbach	80,00	
5	do. Em. 1871	102,00	
5	do. do. 1874	103,80	
4½	Graz-Köflacher	65,00	
5	do. Em. v. 1871 u. 72	105,25	
4	Kaschau-Oderberg	97,90	
4	Prag-Dux Gold	—	
4	do. do. Gold	—	
5	Prag-Turnau	—	

(Mit Unterhaltungsblatt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19020123016/fragment/page=0004